

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmungen Stadt Bern vom 23. September 2012
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern; 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern eMail: bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	11. September 2012

Parolen zu den Gemeindeabstimmungen vom 23. September 2012

Die Grünliberalen (glp) der Stadt Bern unterstützen bei der Gemeindeabstimmung vom 23. September die Anhebung des Lohndeckels für hochqualifizierte städtische Angestellte. Sie bedauern allerdings, dass das Volk nicht gesondert über die Anhebung der Gemeinderatslöhne abstimmen kann. Als überzeugte Befürworter der regionalen Zusammenarbeit heissen die Grünliberalen die beiden Vorlagen zur Agglomerationspolitik gut. Ja-Parolen hat die glp ferner zu den vier Planungs- und Bauvorlagen beschlossen.

Die glp der Stadt Bern sagt Ja zu allen sieben Vorlagen, über die am 23. September in der Stadt Bern abgestimmt wird. Sie unterstützt namentlich die Änderung des Personalreglementes, die eine Anhebung der heutigen Lohnobergrenze von 200'000 Franken und die Einführung eines neuen Lohnsystems bewirkt. Sie erachtet die Aufhebung dieses Lohndeckels als dringend notwendig, damit die Stadt auch in Zukunft eine attraktive Arbeitgeberin für hochqualifizierte Spezialisten und Kaderleute bleibt. Die gleichzeitige moderate Anhebung der Löhne der Gemeinderatsmitglieder ist für die glp in der Sache vertretbar, sie hätte es allerdings bevorzugt, wenn das Volk über diese Massnahme gesondert hätte abstimmen können.

Ja sagt die glp ferner zur Umwandlung der Agglomerationskommission in eine ständige Kommission des Stadtrates und zur Erweiterung der agglomerationspolitischen Kompetenzen des Stadtparlamentes. Die beiden Massnahmen führen zu einer stärkeren Verankerung des Agglomerationsgedankens und der regionalen Zusammenarbeit in der städtischen Demokratie und sind damit nach Ansicht der glp zukunftsweisend. Schliesslich befürworten die Grünliberalen die vier Planungs- und Bauvorlagen. Bei dem Kreditbegehren Stöckacker Süd und dem Entwicklungsvorhaben Warmbächliweg handelt es sich um Schritte zur Realisierung von zwei von der glp unterstützten und im vergangenen Juni von der Stimmbevölkerung gutgeheissenen städtebaulichen Vorlagen zur Schaffung von insgesamt rund 400 Wohnungen. Die Umzonung der Bundes-Liegenschaft Fellerstrasse 21 erachtet die glp als sinnvoll und den Kredit zur Sanierung der Marktgasse als notwendig.